

# **AMTSBLATT FÜR DEN LANDKREIS GREIZ**

**HERAUSGEGEBEN UND VERVIELFÄLTIGT IM  
LANDRATSAMT GREIZ,  
DR.-RATHENAU-PLATZ 11, 07973 GREIZ**

**Jahrgang 10 Ausgegeben am 11. April 2003 Nr. 07 S. 164**

## **Inhalt**

Satzung zur Änderung der Satzung der Sparkasse Gera- Greiz	S. 165- 166
Veränderte Sprechzeiten des Landratsamtes Greiz	S. 166- 167
Information des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes an alle Schweinehalter des Landkreises Greiz	S. 167
Öffentliche Bekanntmachung Auslegungsverfahren bei der unteren Wasserbehörde	S. 167- 172
Bekanntmachung des Thüringer Landesverwaltungsamtes zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Weidatalsperr“	S. 173
Bekanntmachung über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs.- und Anlagenrechtsbescheinigung für die 110-kV-Freileitung Weida –Beerwalde In den Gemarkungen Crimla, Köckritz, Korbußen, Liebsdorf, Meilitz, Raitzhain, Ronneburg, Sirbis, Untitz, Zedlitz	S. 173 - 175
Verordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit Taxen im Landkreis Greiz	S. 175- 177

Das Amtsblatt erscheint bei Bedarf und ist unentgeltlich erhältlich im Landratsamt Greiz, Dr.-Rathenau-Platz 11 (Eingangsbereich bzw. Pressestelle, Zi. 113), sowie in den Ansprechstellen Gera, Puschkinplatz 3, und Zeulenroda, Goethestraße 17. Im Bedarfsfall können kostenlose Einzel Exemplare beim Landratsamt Greiz, Pressestelle, Dr.-Rathenau-Platz 11, 07973 Greiz, gegen Übernahme der Portokosten bestellt werden.

## **Satzung zur Änderung der Satzung der Sparkasse Gera-Greiz**

Auf Grund § 5 Thüringer Sparkassengesetz (ThürSpkG) vom 19.07.1994 (GVBl. S. 911 ff.), geändert durch erstes Gesetz zur Änderung des ThürSpkG vom 03.12.2002 (GVBl. S. 416 ff.) hat der Stadtrat Gera am 19.12.2002 und der Kreistag Greiz am 18.02.2003 die Satzung zur Änderung der Satzung der Sparkasse Gera-Greiz vom 20. April 2001 beschlossen:

1. § 3 erhält folgende Fassung:

### **"§ 3 Trägerschaft und Haftung**

(1) Träger der Sparkasse sind die Stadt Gera und der Landkreis Greiz.

(2) Die Träger unterstützen die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht.

(3) Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten.“

2. In § 6 Absatz 2 Satz 5 wird das Wort "Gewährträgers" durch das Wort "Trägers" und in Abs. 3 Sätze 1 und 2 wird das Wort "Gewährträger" jeweils durch das Wort "Träger" ersetzt.

3. In § 8 Satz 2 werden nach den Worten "mit Sitz und Stimme" die Worte "sowie Stellvertreter für den Verhinderungsfall" eingefügt.

4. In § 9 werden die Worte "§ 3 Abs. 2 Satz 4" durch die Worte "§ 11 Abs. 4 2. Halbsatz" sowie das Wort "Gewährträger" durch das Wort "Träger" ersetzt."

5. Es wird folgender § 11 eingefügt:

### **"§ 11 Haftung der Träger ab dem 19. Juli 2005**

(1) Die Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

(2) Die Träger werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können.

(3) Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusagen oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der Absätze 1 und 2 in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

(4) Die Träger haften als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis haftet die kreisfreie Stadt Gera zu 50 vom Hundert und der Landkreis Greiz zu 50 vom Hundert.

(5) Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechten und der Hereinnahme von stillen Einlagen der Sparkasse sind von der Haftung der Träger nach Absatz 1 ausgeschlossen."

6. § 11 wird § 12. In Abs. 1 wird das Wort "Gewährträger" durch das Wort "Träger" ersetzt.

7. § 12 wird § 13.

8. Inkrafttreten

a) Ziffer 3 dieser Satzung tritt am Tag nach ihrer letzten Bekanntmachung in Kraft.

b) Im übrigen tritt diese Satzung am 19. Juli 2005 in Kraft.

Gera,  
04.03.2003

Greiz,  
05.03.2003

Stadt Gera

Landkreis Greiz

Ralf Rauch

Martina Schweins-  
burg

Oberbürger-  
meister

Landrat

-Siegel-

-Siegel-

## **Veränderte Sprechzeiten im Landratsamt Greiz**

Das Landratsamt teilt mit, dass ab 01. April 2003 am Standort Greiz die bisher unterschiedlichen Sprechzeiten der einzelnen Ämter vereinheitlicht werden.

Die Neuregelungen sind Ergebnis von internen Auswertungen sowie von Empfehlungen aus einer externen Organisationsuntersuchung.

Dabei ist deutlich geworden, dass sich die Mitarbeiter überwiegend mit der Bearbeitung der zum erheblichen Teil schriftlich eingehenden Anträge zu beschäftigen haben, um eine zügige Erledigung der Bürgeranliegen zu garantieren.

Künftig wird das Landratsamt dienstags von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 17.00 Uhr sowie donnerstags von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 18.00 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet sein.

Die Verlängerung der Sprechzeit am Dienstag soll den Bürgern eine erforderliche persönliche Vorsprache erleichtern.

Um Wartezeiten zu vermeiden und eine gute Vorbereitung und damit verbundene schnellere Entscheidungsfindung zu ermöglichen, empfehlen wir dringend die Möglichkeit der persönlichen Terminvereinbarung zu nutzen.

Erprobt wird, das Haus auch an den anderen Tagen nicht verschlossen zu halten. Eine persönliche Vorsprache in den Fachämtern außerhalb der regulären Sprechzeiten ist aber nur möglich, wenn ein solcher Termin vorher vereinbart wurde.

Von den veränderten Sprechzeiten nicht betroffen sind die Kfz-Zulassungsstelle und die Führerscheinstelle in der Reichenbacher

Straße. Dort müssen die bisherigen Öffnungszeiten bis zum Umzug der Straßenverkehrsbehörde nach Weida bestehen bleiben. In Weida können dann kundenfreundlichere Sprechzeiten eingeführt werden.

### **Information des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes an alle Schweinehalter**

Mit der Veröffentlichung der geänderten Viehverkehrsverordnung (ViehVerkV) und anderer tierseuchenrechtlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4532) sind neue Bestimmungen über die Herkunftssicherung bei Schweinen in Kraft getreten. Die neuen Regelungen haben die Einrichtung einer nationalen Schweinedatenbank zur Folge. Ein wichtiges Ziel dabei ist es, im Seuchenfall Kontaktbetriebe zu ermitteln und diese Informationen den zuständigen Veterinärbehörden zur Verfügung zu stellen.

Gemäß § 19c ViehVerkV hat, wer Schweine in seinen Betrieb übernimmt, dies der zuständigen Behörde oder einer von dieser beauftragten Stelle innerhalb von 7 Tagen nach der Übernahme anzuzeigen.

In Thüringen sind die erforderlichen Daten an den Thüringer Verband für Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht e.V. (TVL) – Regionalstelle in 07545 Gera, Hainstraße 22, Tel.: 0365/8001719 zu melden.

Die Meldung muß enthalten:

1. die Registriernummer des Empfängerbetriebes,
2. die Registriernummer des abgehenden Betriebes,
3. der Anzahl der übernommenen Schweine und
4. des Datums der Übernahme.

Greiz, den 24.03.2003

gez.  
Dr. H. Grimm  
Amtstierärztin

### **Öffentliche Bekanntmachung Auslegungsverfahren bei der unteren Wasserbehörde**

Entsprechend § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG), BGBl. Teil I 1993, S. 2192, in Verbindung mit § 7 der Sachenrechtsdurchführungsverordnung (SachenR-DV), BGBl. Teil I 1994, S. 3900, erfolgt nachstehende Bekanntmachung:

Durch den Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster Greiz (TAWEG), An der Goldenen Aue 10, 07973 Greiz, wurden drei Anträge und durch die Gemeindewerke Oberes Sprotental, Geschäftsstelle Schmölln, Sommeritzer Str. 74/1, 04626 Schmölln, wurde ein Antrag auf Erteilung der Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung gemäß § 9 Abs. 4 GBBerG zum Eintrag einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit für wasserwirtschaftliche Anlagen (Trink- und Abwasserleitungen/Schachtbauwerke) gestellt.

**Die Eigentümer der betroffenen Grundstücke werden auf ihr Widerspruchsrecht gemäß § 7 Abs. 4 und 5 der SachenR-DV hingewiesen.**

Die wasserwirtschaftlichen Anlagen befinden sich auf den nachfolgend genannten Fluren und Flurstücken in der

**Gemeinde Vogtländisches Oberland, Gemarkung Schönbach**  
(Zweckverband TAWEG)

**a) Trinkwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
16	6	188/2
30	5 + 6	180/1
34	5	171/1
35	1	20
	5	172
36	5	173
44	2	55/1
87	6	178/12
94	4	170
	5	171/2
102	6	188/4
105	5	178/14
107	1	26/8
109	6	182/2

**b) Abwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
9	1	39
		40
26	1	44
28	1	38
43	1	43
47	1	45
48	2	64
		83
52	1	28
110	1	33

**c) Trink- und Abwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
25	2	84
	3	102/1
61	2	70/1
	9	222/1
98	1	26/6
	2	52/1
		54
		59/5
		73
		76
	1 + 2	85
	2	87

4	168
6	182/3
	187
9	223

**Gemeinde Vogtländisches Oberland, Gemarkung Cossengrün**  
(Zweckverband TAWEG)

**a) Trinkwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
27	1	59
		81
42	1	57
45	1	11/2
62	2	189/3

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
79	5	330
83	2	203
86	1	1/2
	2	189/6
112	1	25/8
	3	228/8
118	2	189/5
227	5	331
252	1	11/3
262	2	99/1
265	2	189/2
268	2	189/4
271	5	282/3
324	1	80/14

**b) Abwasserleitungen**

<u>Grundbuch-Blatt</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück Nr.</u>
6	2	181
30	3	247
44	1	33
47	5	311
53	5	310
94	1	42
235	2	185/1
260	2	98/12
261	1	17
	2	194/3
272	1	40
279	3	248
280	1	18
304	1	39/19

**c) Trink- und Abwasserleitungen**

<u>Grundbuch-Blatt</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück Nr.</u>
101	1	80/8
121	1	46
	2	191/1
	4	268/2
		268/3
277	1	28/1
		60
		80/6
		80/9
		80/11
		80/15

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
277	2	101
		179/4
		186/8
		186/10
		211/4
	3	261
	5	284/1
		296/2
		315/2
320	1	80/7

**Gemeinde Greiz, Gemarkung Greiz und Waldbezirk Heinrichsgrün  
(Zweckverband TAWEG)**

**a) Trinkwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
1730	44	2609/1
		2611/1
1731	44	2608
		2614/1
1776	43/44	622/4
	44	2603/1
3052	44	2613/2
3436	44	2613/1

**b) Abwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
3 Waldbezirk Heinrichsgrün	2	34
1465	44	2607
2094	44	2606/1

**c) Trink- und Abwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
2033	44	2612
3311	44	2615

**Gemarkung Raitzhain**

(Gemeindewerke Oberes Sprottetal)

**Trinkwasserleitungen**

<u>Grundbuchblatt-Nr.</u>	<u>Flur</u>	<u>Flurstück-Nr.</u>
121	1	119/1
206	1	124/4

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigentümer können die eingereichten Anträge sowie die beigefügten Unterlagen innerhalb von 4 Wochen vom Tag dieser Bekanntmachung an in den Diensträumen der unteren Wasserbehörde Greiz, bis 25. April 2003 Carolinenstraße 27, ab 28. April 2003 Dr.-Scheube-Str. 6, 07973 Greiz, einsehen.

Das Landratsamt Greiz erteilt die Leitungs- und Anlagenbescheinigungen nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Abs. 4 GBBerG in Verbindung mit § 7 Abs. 4 und 5 SachenR-DV vom 20.12.1994.

**Hinweis zur Einlegung von Widersprüchen:**

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 GBBerG ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden wasserwirtschaftlichen Anlagen einschließlich

der dazugehörigen Anlagen (Schachtbauwerke, Steuerkabel...) entstanden.

Die durch Gesetz entstandene beschränkte persönliche Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Alle danach eingetretenen Veränderungen müssen durch

einen zivilrechtlichen Vertrag zwischen dem Versorgungsunternehmen und dem Grundstückseigentümer geklärt werden.

Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einvernehmen mit der Belastung des Grundbuches erteilt wird. Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die von dem antragstellenden Unternehmen dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von einer Leitung betroffen ist oder in anderer Weise, als von dem

Unternehmen dargestellt. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann in den Diensträumen der unteren Wasserbehörde, bis 25. April 2003 Carolinenstraße 27, ab 28.04.2003 Dr.-Scheube-Str. 6, 07973 Greiz, schriftlich oder zur Niederschrift bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden.

gez. Hemmann  
Sachgebietsleiter

### **Bekanntmachung**

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als obere Naturschutzbehörde beabsichtigt den Erlass einer Rechtsverordnung zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes

„Weidatalsperre“ (Beschluss des Rat des Bezirkes Gera vom 21. Februar 1961, Nr. 35-5/61), zuletzt geändert durch Artikel 1 der ersten Thüringer Verordnung zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Weidatalsperre“ vom 15. Dezember 1994 (ThürStAnz. Nr. 1/1995 S. 12),

in der Gemeinde Weißendorf, Gemarkung Weißendorf, Flur 2, und in der Stadt Zeulenroda, Gemarkung Zeulenroda, Flur 25.

Gemäß § 21 Abs. 2 des Thüringer Naturschutzgesetzes (ThürNatG) werden der Entwurf der Verordnung und die dazugehörigen Karten ab dem **28. April 2003** für die Dauer eines Monats

in der Gemeinde Weißendorf,  
in der Stadt Triebes (als erfüllende Gemeinde),  
in der Stadt Zeulenroda und  
im Landratsamt Greiz

öffentlich ausgelegt. Die Unterlagen können dort von jedermann während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Bedenken und Anregungen können während der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei

der Gemeinde Weißendorf, Ortsstraße 51, 07950 Weißendorf,  
der Stadt Triebes, Schäferstraße 2, 07950 Triebes,  
der Stadt Zeulenroda, Markt 8, 07931 Zeulenroda,  
dem Landratsamt Greiz,  
Dr.-Rathenau-Platz 11, Büro des Kreistages, Zi. 107, 07973 Greiz,

oder

dem Landesverwaltungsamt 99423 Weimar, Weimarplatz 4, Haus 2, Ref. 601 vorgebracht werden.

Weimar, 2003

Im Auftrag

Dr. Krapf

- Siegel -

### **Bekanntmachung über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Az.N0028/2003-1131-08**

Die Bescheinigungsstelle für Versorgungsleitungen -das Landesamt für Straßenbau, Außenstelle Sondershausen- gibt bekannt, dass die **TEAG Thüringer Energie AG, Schwerborner Straße 30, 99087 Erfurt** einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für die bestehende

**110-kV-Freileitung Weida - Beerwalde**

mit einer Schutzstreifenbreite von **26 m an den Masten und max. 51 m zwischen den Masten** gemäß § 9 Abs. 4 Grundbuchbereinigungsgesetz

(GBBerG) vom 20. Dezember 1993 (BGBl. S. 2182) gestellt hat.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Gemarkungen

**Crimla**, Flur 1, Flurstücke **43/4**; und **84/7**, Flur 2, Flurstücke **159/3**; **187**; und **192**,

**Köckritz**, Flur 1, Flurstücke **4**; **6**; **11/6**; **11/9**; **11/10**; **132/2**; **132/3** und **132/4**, Flur 2, Flurstücke **37/2**; **37/3**; **38**; **45**; **46**; **48** und **53/48**, Flur 3, Flurstücke **119**; **122/1**; **128** und **132/5**,

**Korbußen**, Flur 2, Flurstücke **138**; **143/1**; **144/1**; **145/1**; **148/2**; **150/1**; **150/2**; **151/1**; **152/1**; **152/2**; **155/1**; **156/2**; **157/1**; **169/1**, Flur 3, Flurstücke **186/7**; **190/2** und **194/8**, Flur 5, Flurstücke **195/1** und **274/1**,

**Liebsdorf**, Flur 4, Flurstücke **113/60**; **116/2** und **367**,

**Meilitz**, Flur 3, Flurstück **182**,

**Raitzhain**, Flur 1, Flurstücke **91/1**; **102/1**; **122/5** und **216/2**,

**Ronneburg**, Flur 11, Flurstücke **1233/4**; **1248/4**; **1257/4**; **1277/4**; **1287/4**; **1288/4**; **1297/4**; **1326/4**; **1327**; **1356/4** und **1403/6**, Flur 12, Flurstücke **1423/7** und **1450/4**, Flur 13, Flurstück **1569/3**,

**Sirbis**, Flur 2, Flurstücke **41**; **56**; **57**; **58**; **61**; **63**; **64**; **69** und **71**, Flur 5, Flurstücke **180/5**; **180/6**; **180/7**; **181**; **196**; **200**; **202** und **212**, Flur 6, Flurstücke **163/1** und **243**,

**Untitz**, Flur 2, Flurstücke **4**; **6/1** und **27/2** sowie

**Zedlitz**, Flur 2, Flurstücke **97**; **98**; **99**; **102**; **103**; **104** und **117**

können den eingereichten Antrag sowie die beigefügten Unterlagen innerhalb von 4 Wochen vom Tag dieser

Bekanntmachung an beim Landesamt für Straßenbau, Außenstelle Sondershausen, 99706 Sondershausen, Schillerstraße 6 (im Gebäude des Finanzamtes, Zimmer 425, Telefon 03632/742 446), dienstags zwischen 8.30 Uhr und 12.00 Uhr sowie 13.30 Uhr und 17.00 Uhr, donnerstags und freitags zwischen 8.30 Uhr und 12.00 Uhr bzw. nach vorheriger Terminvereinbarung einsehen.

Die Bescheinigungsstelle für Versorgungsleitungen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung nach Ablauf der Auslegungsfrist gem. § 9 Abs. 4 GBBerG in Verbindung mit § 7 Abs. 4 und 5 Sachrechtsdurchführungsverordnung - SachenR-DV - vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

*Hinweis zur Einlegung von Widersprüchen:*

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 GBBerG ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungen einschließlich der dazugehörigen Anlagen entstanden.

Die durch Gesetz entstandene beschränkte persönliche Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Alle danach eingetretenen Veränderungen müssen durch einen zivilrechtlichen Vertrag zwischen den Versorgungsunternehmen und dem Grundstückseigentümer geklärt werden.

Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundbuches erteilt wird. Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die von dem antragstellenden Unternehmen dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von einer Leitung betroffen ist oder in an-

derer Weise, als von dem Unternehmen dargestellt.

Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen. Der Widerspruch kann beim Landesamt für Straßenbau, Außenstelle Sondershausen, Schillerstraße 6 in 99706 Sondershausen schriftlich oder zur Niederschrift bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Entsprechende Formulare liegen in der Bescheinigungsstelle bereit.

Sondershausen, den 04.04.2003

Freistaat Thüringen  
Landesamt für Straßenbau  
Bescheinigungsstelle für Versorgungsleitungen  
Außenstelle Sondershausen

Im Auftrag

gez. Lampe  
Außenstellenleiterin

## **V E R O R D N U N G**

**über**

### **die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit Taxen im Landkreis Greiz**

### **T a x i t a r i f e**

**Aufgrund des § 51 Abs. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.08.1990 (BGBl. I S. 1690) und des § 2 Abs. 2 Ziff. 2 der Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten und zur Übertragung der Ermächtigung auf dem Gebiet des Personenbeförderungswesens vom 01.04.1993 (GVBl. S. 259) wird durch den Landrat des Landkreises Greiz folgende Verordnung erlassen:**

#### **§ 1**

##### **Geltungsbereich**

(1) Die in dieser Verordnung festgelegten Entgelte für den Personenverkehr mit Taxen gelten für alle Taxenunternehmen mit Betriebssitz im Landkreis Greiz.

(2) Das Pflichtfahrgebiet umfaßt einen Radius von 35 km, dessen jeweiliger Mittelpunkt der Betriebssitz des Taxiunternehmens ist.

(3) Beförderungen über die Grenzen des Pflichtfahrgebietes hinaus unterliegen der freien Vereinbarung.

#### **§ 2**

##### **Ermittlung des Beförderungsentgeltes**

(1) Die Berechnung des Beförderungsentgeltes hat unter Verwendung eines geeichten und ordnungsgemäß arbeitenden Fahrpreisanzeigers zu erfolgen, sofern dieses nicht anderweitig gemäß § 1 Nr. 3 dieser Verordnung vereinbart wurde.

Der Fahrpreisanzeiger muß den Beförderungspreis anzeigen. Ein anderer als der angezeigte Fahrpreis darf nicht gefordert werden. Die Berechnung der Wegstrecke darf erst nach dem Zurücklegen der Strecke erfolgen.

(2) Die in dieser Verordnung festgesetzten Beförderungsentgelte sind Festpreise, die weder über- noch unterschritten werden dürfen.

Das Beförderungsentgelt ist nach Beendigung der Fahrt an den Taxifahrer zu zahlen. Der Taxifahrer kann jedoch vor Antritt der Fahrt einen Vorschuß in Höhe des voraussichtlichen Fahrpreises verlangen.

#### **§ 3**

##### **Tarife**

(1) Beförderungsentgelte

Das Beförderungsentgelt setzt sich aus dem Grundpreis, dem Entgelt für die gefahrene Wegstrecke (Besetzkilometer), eventuellem Wartegeld und Zuschlag zusammen.

(2) Grundpreis

Der Grundpreis für eine Taxifahrt beträgt 2,00 Euro, bis 31.12.2001 3,90 DM. Er wird für den Beförderungsfall nur einmal erhoben.

(3) Fahrleistungs-Kilometerpreis

**Innerhalb der Betriebsitzgemeinde** beträgt der Besetzkilometerpreis für den 1. u. 2. Kilometer 1,60 Euro, bis 31.12.2001 3,10 DM, ab dem 3. Kilometer 1,20 Euro, bis 31.12.2001 2,40 DM. Der Fahrpreis wird grundsätzlich vom Zusteigeort bis zum Aussteigeort des Fahrgastes berechnet. Die bei der An- bzw. Rückfahrt entstehende Leerfahrt wird nicht berechnet.

Bei Fahrten, welche **außerhalb der Betriebsitzgemeinde beginnen**, und diese nicht wieder berühren, beginnt die Berechnung des Entgeltes am Ortsausgangsschild der Betriebsitzgemeinde und endet am Aussteigepunkt des Fahrgastes.

Bei der Programmierung des Fahrpreisanzeigers ist ein Fortschaltpreis von 0,10 Euro, bis 31.12.2001 0,20 DM zu installieren.

(4) Wartegeld

Die Wartezeit ist nach Schalteinheiten zu berechnen. Der Stundensatz beträgt 18,00 Euro, bis 31.12.2001 35,20 DM.

Wartezeiten, vom Kunden gewünscht, verursacht oder aber verkehrsbedingt hervorgerufen, sind in Rechnung zu stellen.

(5) Zuschläge

Bei Benutzung eines Taxis mit mehr als 5 Sitzplätzen einschließlich Fahrersitz (Großraumtaxi) wird zu dem vom Taxameter ermittelten Fahrpreis ein Zuschlag in Höhe von 3,00 Euro, bis 31.12.2001 5,90 DM berechnet, wenn:

- mehr als 4 Fahrgäste befördert werden oder

- unabhängig von der Zahl der Fahrgäste ein Großraumtaxi ausdrücklich vom Besteller angefordert wurde.

Bei vorsätzlicher Verschmutzung oder Beschädigung des Fahrzeuges hat der Fahrgast für den Schaden aufzukommen. Unabhängig von möglichen zivilrechtlichen Forderungen des Taxiunternehmers gegenüber dem Schadensverursacher kann der Taxifahrer eine Mehraufwendung verlangen. Diese Gebühr ist sofort an den Fahrer zu entrichten.

Dies gilt nicht, wenn der Taxifahrer vor Antritt der Fahrt aufgrund offensichtlicher Umstände erkennen konnte, daß es zu einer Verunreinigung oder Beschädigung des Fahrzeuges kommen würde.

#### § 4

##### Abweichende Fahrpreise

(1) Bei Fahrten außerhalb des Pflichtfahrgebietes ist der Fahrgast darauf hinzuweisen, daß das Beförderungsentgelt für die gesamte Fahrstrecke frei vereinbart werden kann.

Dabei darf der vereinbarte Fahrpreis den Betrag nicht unterschreiten, der für den innerhalb des Pflichtfahrgebietes liegenden Teil der Fahrstrecke bei Anwendung des Tarifes zu zahlen wäre.

(2) Kommt keine Vereinbarung zustande, gelten die für den Pflichtfahrbereich festgelegten Beförderungsentgelte als vereinbart.

(3) Sondervereinbarungen für das Pflichtfahrgebiet, wie beispielsweise bei Kranken- und Schülerfahrten möglich, sind nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des § 51 Abs. 2 Ziff. 1 bis 3 PBefG erfüllt sind. Diese sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vorher der Genehmigungsbehörde angezeigt und von dieser genehmigt wurden.

### **§ 5**

#### **Fahrpreisanzeiger**

(1) Nach § 28 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21.06.1975 (BGBl. I S. 1573) in der Fassung vom 30.06.1989 (BGBl. I S. 1273) sind Taxen mit beleuchteten gezeichneten Fahrpreisanzeigern auszurüsten.

(2) Bei Störung des Fahrpreisanzeigers ist der Fahrpreis nach dem Grundpreis und den zurückgelegten Besetzkilometern zu berechnen. Der Fahrgast ist sofort auf die Störung hinzuweisen. Es dürfen keine Fahrten mit defektem Fahrpreisanzeiger begonnen werden.

(3) Störungen des Fahrpreisanzeigers sind unverzüglich beseitigen zu lassen. Bei Verletzung der Eichplombe ist eine sofortige Nacheichung vornehmen zu lassen.

(4) Bei Tarifveränderungen müssen die Fahrpreisanzeiger unverzüglich neu eingestellt und geeicht werden.

### **§ 6**

#### **Ordnungswidrigkeiten**

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung oder vollziehbare schriftliche Verfügungen, welche aufgrund dieser Verordnung erlassen worden sind, können gemäß § 61 Abs. 1 Ziff. 4

PBefG mit Geldbuße geahndet werden.

### **§ 7**

#### **Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am 01.08.2001 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt ab 01.08.2001 die Verordnung über Beförderungsentgelte den Verkehr mit Taxen des Landkreises Greiz, gültig mit Wirkung vom 01.11.1999, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 17 vom 30.08.1999, außer Kraft.

Greiz, den 10.05.2001

Martina Schweinsburg  
Landrätin

- Siegel -